



Gemeinsam mehr für Mönchengladbach bewegen

Vereinbarung zwischen
der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Kreisverband Mönchengladbach
und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Unterbezirk Mönchengladbach
über die Kooperation in den kommunalen Gremien der Stadt Mönchengladbach
in der IX. Wahlperiode 2014 bis 2020

Präambel

Gemeinsam mehr für Mönchengladbach bewegen

Mönchengladbach ist im Aufbruch. Die Stadt erlebt seit einigen Jahren eine neue Dynamik. Die Menschen leben gerne hier, sie engagieren sich zunehmend für ihren Stadtteil, für ihr Lebensumfeld. Aufgabe der Politik ist es die Rahmenbedingungen für gutes Leben in Mönchengladbach zu schaffen, Freiräume für Teilhabe zu eröffnen und Engagement zu fördern.

Die demografische Entwicklung stellt uns vor große Herausforderungen. Wir wollen diese annehmen und sind der festen Überzeugung die Entwicklung beeinflussen zu können. Ein Schwerpunkt der gemeinsamen Arbeit von CDU und SPD wird es daher sein, Strategien zu entwickeln, um Wanderungsbewegungen dauerhaft zu verändern. Junge Menschen müssen wir in der Stadt halten und gut ausgebildete Neubürger für Mönchengladbach gewinnen. Die Positionierung als attraktive Großstadt zwischen Düsseldorf und den Niederlanden wollen wir entschieden stärken. Wir wollen eine Stadt, die Menschen aus dem Umfeld anzieht. Wir wollen eine Stadt, die Fachkräfte und gut qualifizierte junge Menschen vor Ort bindet. Wir wollen eine Stadt, in der innovative und kreative Ideen Raum finden sich zu entfalten. Wir wollen eine Stadt, in der es eine offene und transparente politische Kultur gibt, die alle Menschen einlädt, die Stadt gemeinsam zu gestalten. Wir wollen gemeinsam mehr für Mönchengladbach bewegen.

Mönchengladbach muss eine Stadt werden, in der sich alle Menschen wohlfühlen. Die guten Ansätze in Form des Integrationskonzeptes, der Hochschulentwicklung, des präventiven Ansatzes und der Quartiersarbeit gilt es fortzuführen und weiterzuentwickeln. Die Ideen des Masterplanes begreifen wir als stadtplanerische Neuausrichtung, die nicht nur das Gesicht Mönchengladbachs verändern wird. Neue Ansätze einer integrierten Mobilitätsplanung, die den heutigen Bedürfnissen der Menschen entsprechen, wollen wir in die Tat umsetzen. Die Veränderungen im Bildungsbereich greifen wir auf und wollen der Entwicklung eine geplante Richtung geben.

Vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Lage der Stadt und in Anerkennung der Verpflichtungen des Stärkungspaktes werden wir sicherstellen, dass Mönchengladbach durch eine gute und stabile Haushaltspolitik Handlungsfähigkeit zurück gewinnt. Wir bekennen uns zu den Zielen einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltspolitik. Dabei verschließen wir nicht die Augen vor notwendigen und sinnvollen Investitionen.

CDU und SPD in Mönchengladbach haben sich zusammengefunden, um gemeinsam Verantwortung für die Entwicklung unserer Stadt zu übernehmen. Im festen Willen Entscheidungen zu treffen, die die Lebensbedingungen in den beiden Zentren und allen Stadtteilen weiter verbessern, vereinbaren die beiden Parteien, ein stabiles Bündnis auf kommunaler Ebene zu bilden.

Verantwortung heißt für uns, gute Entscheidungen zu treffen. Wir wollen bei zentralen politischen Themen, die bereits seit vielen Jahren diskutiert werden, zu Ergebnissen kommen. Dabei legen wir großen Wert auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik und den Menschen unserer Stadt.

HANDLUNGSSCHWERPUNKT I

Handlungsfähigkeit zurückgewinnen – Ziele einer stabilen Finanz- und Haushaltspolitik

Die Grundlage unseres Handelns ist der Haushaltssanierungsplan. Wir halten an dem Ziel, 2018 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, fest. Bei allen Maßnahmen gilt daher der Vorbehalt der nachhaltigen Finanzierung. Wir bekennen uns zu notwendigen Zukunftsinvestitionen.

Im Haushaltssanierungsplan verankerte Maßnahmen werden wir kontinuierlich überprüfen und möglichst in Einklang mit den politischen Zielen bringen. Dazu ist es notwendig, neue Einsparpotentiale zu finden und durch strukturelle Veränderungen neue Freiräume zu schaffen. Dazu gehören vor allem die Stärkung der Wirtschaftskraft und Impulse zur Veränderung der Sozialstruktur in der Stadt.

Wir stärken eine dezentrale Ressourcenverantwortung in der Stadtverwaltung.

HANDLUNGSSCHWERPUNKT II

Stadtentwicklung, Mobilität und Infrastruktur

Ziel der Kooperation von CDU und SPD ist es, die kommunale Grundstückswirtschaft und damit auch die Stadtentwicklungspolitik neu aufzustellen. Dazu wird die Erstellung eines Grundstückskatasters, das alle städtischen Flächen ausweist, notwendig sein. Die Aufgaben und Ziele der beteiligten städtischen Gesellschaften werden in diesem Rahmen ebenfalls zu überprüfen sein.

Das Handlungskonzept Wohnen gibt eine klare Richtung für die kommenden Jahre vor. Dieses Konzept wollen wir als Richtschnur nehmen und gezielt auf Förderangebote hinweisen. Diese Angebote werden wir darüber hinaus ausweiten.

Eine generationengerechte Stadt braucht lebendige und funktionierende Quartiere. Die Sicherstellung einer attraktiven Nahversorgung, die Umsetzung des inklusiven Gedankens, die Schaffung von Treffpunkten, die Verbesserung des Wohnumfeldes und das Ermöglichen von Mobilität sind notwendige Grundlagen dafür. Wir wollen die Angebote von Mehr-Generationen-Wohnen fördern. Das Zentren- und Einzelhandelskonzept wird optimiert.

Ein neues Mobilitätskonzept zur Vernetzung aller Verkehrsformen ist mit externer Begleitung und zeitnah zu erarbeiten. Die Anbindung an den überregionalen Verkehr ist in die Planung miteinzubeziehen. Hierbei ist eine Verzahnung der bereits begonnenen Nahverkehrsplanung und dem LKW-Routenkonzept sicherzustellen. Das Mobilitätskonzept ist mit den Bürgern in offenen Foren zu diskutieren. Stadtentwicklung und Mobilität müssen aufeinander abgestimmt sein. Der Masterplan wird um Aspekte des Konzeptes MG 2030 ergänzt. Die

grundsätzlichen Ziele des Masterplans werden aktiv unterstützt und als städtebauliche Leitlinie getragen.

Die Grundlage für Standortüberlegungen für öffentliche Gebäude ist das Raumkonzept der Verwaltung. Dezentrale und bürgernahe Angebote sind zu erhalten.

Bei Architektur und planerischer Stadtentwicklung ist auf Qualität zu achten. Zu einer modernen Planungskultur gehören die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie die Durchführung von Architekturwettbewerben. Die Bürgerbeteiligung vor Ort in der Bauleitplanung ist generell neu auszurichten.

Mönchengladbach braucht ein den heutigen Anforderungen gerechtes Friedhofskonzept. Dieses ist schnellstmöglich vorzulegen.

HANDLUNGSSCHWERPUNKT III

Lebensqualität und Sicherheit in den Quartieren – Das Stadtbild pflegen

Die Rückgewinnung der GEM als 100% städtische Gesellschaft bietet die Chance, durch Neuorganisation und Effizienzgewinne die Qualität des Stadtbildes zu verbessern. Die verschiedenen hiermit betrauten Verwaltungsbereiche sind in einem „Kompetenzzentrum Sauberkeit“ mit der GEM neu zu organisieren. Das Abfallsammelsystem ist in Hinsicht auf die Verschmutzung der Container-Standorte zu überprüfen.

Zu Mönchengladbach gehören Park- und Grünanlagen. Diese sind ein wichtiger Lebensvorteil für die Menschen in unsere Stadt. Daher wollen wir die Grünanlagen und das Straßenbegleitgrün in einem ordentlichen Zustand erhalten. Dies ist auch eine Initialzündung und stärkt das bürgerschaftliche Engagement. Das Projekt Wohnumfeldverbesserung soll fortgesetzt werden.

Wir setzen uns gemeinsam im Rahmen der bewährten Sicherheitspartnerschaft für eine bessere Polizeipräsenz und den Ausbau des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOS) ein. Das Sicherheitsbedürfnis der Menschen nehmen wir ernst. Die Kooperationspartner würden es begrüßen, wenn die Videobeobachtung am Alten Markt Bestand hat.

Öffentliche Gebäude, Straßen und Wege sind Eigentum der Bürger. Ein Schwerpunkt unserer Politik wird es sein, diese in Ordnung zu halten. Staatliche Fördermöglichkeiten sind hierfür intensiv zu nutzen. Wir werden konsequent gegen „Schrottimmobilien“ in Mönchengladbach vorgehen. Solche Immobilien können ganze Straßenzüge herunterziehen und soziale Probleme auslösen. Das im April 2014 in Kraft getretene „Wohnungsaufsichtsgesetz NRW“ bietet neue Möglichkeiten.

Mönchengladbach wird als moderne Großstadt das bestehende Klimaschutzkonzept fortsetzen.

Als vom Tagebau betroffene Stadt werden wir unsere Anliegen auch zukünftig gemeinsam mit den weiteren betroffenen Kommunen artikulieren.

HANDLUNGSSCHWERPUNKT IV

Die soziale und generationengerechte Stadt gestalten

Erklärtes Ziel ist es, die Lebensqualität in den Quartieren zu steigern. Dafür ist eine aktive Quartiersarbeit für alle Generationen eine Grundlage. Wir brauchen neue und aussagekräftige Sozialdaten, um Bereiche zu ermitteln, die besonderer Aufmerksamkeit und einer intensiven Quartiersarbeit bedürfen. Die Ergebnisse aus den bisher laufenden Quartiersprojekten müssen ausgewertet und in die Entwicklung einer Strategie eingebunden werden. Diese Arbeit bedarf einer finanziellen Grundlage. Quartiersentwicklung und Stadtentwicklung denken wir zusammen. Die Förderung von Bürgerbeteiligung und bürgerschaftlichem Engagement steht für uns im Mittelpunkt.

Bei der Vergabe von Leistungen ist der Grundsatz der Tariftreue anzuwenden. Daher müssen Leistungsvereinbarungen auskömmlich ausgestaltet sein. Hier sehen wir Optimierungsmöglichkeiten.

Die Kommune kann sich durch vorhandene Ressourcen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktförderung engagieren. Die Bundesagentur für Arbeit und das Jobcenter wollen wir als aktive Partner gewinnen.

Flüchtlinge haben Anspruch auf menschenwürdige Unterbringung. Daher müssen wir das Unterbringungskonzept überarbeiten. Hier wollen wir auch die städtischen Wohnungsbau-gesellschaften einbeziehen. Die neue Konzeption basiert auf den bereits gefassten Beschlüssen und der Berücksichtigung der Planungen im JHQ.

Inklusion ist eine dauernde Querschnittsaufgabe für die gesamte Stadt und alle Beteiligten. Ein kommunaler Inklusionsplan ist unter Beteiligung aller Betroffenen zu erarbeiten. Grundlage dafür sind die Leitvorgaben des Landes. Der bereits begonnene verwaltungsinterne Prozess ist fortzusetzen.

Die Stadt Mönchengladbach garantiert ihre kommunale Trägerschaft für die städtischen Kliniken. Der Gesundheitsbereich ist ein wichtiger Arbeitgeber und der Weg der Kooperation aller Krankenhäuser ist fortzusetzen.

Die Stadtteilarbeit in der Altenhilfe ist mit dem Ziel der Stärkung ambulanter Hilfen auszubauen. Hier sollen eine bürgernahe Stadtteilarbeit und die Stärkung des Ehrenamtes verknüpft werden.

HANDLUNGSSCHWERPUNKT V

Bildung ist Zukunft – Schule und Jugend gemeinsam denken

Wir wollen die Rahmenbedingungen für Familien, Kinder und Jugendliche in Mönchengladbach verbessern. Die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten sind flexibler zu gestalten, damit sie der veränderten Lebensrealität und den Bedürfnissen der Eltern gerecht werden. Innovative Modelle sollen gefördert werden. Das Angebot in der vorschulischen Erziehung ist bedarfsgerecht und nachfrageorientiert zu decken. Gemeinsam mit Unternehmen wollen wir geeignete Modelle für Betriebskindergärten entwickeln.

Wir streben die kurzfristige Verbesserung der Rahmenbedingungen für Tagesmütter an.

Aufgrund der vielfältigen Schnittstellen im Bereich Jugendhilfe und Schule streben wir eine enge Verzahnung dieser beiden Bereiche an. Eine Koordinierung zwischen Jugendhilfe und Schule mit dem Ziel einer integrierten Planung wollen wir erreichen. Schulsozialarbeit ist für uns ein integraler Bestandteil der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule.

Die Kommunikation mit den freien Trägern ist zu verbessern. Ein vertrauensvolles Miteinander ist Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit. In einem Jugendförderplan soll als Instrument einer gemeinsamen Planung zwischen freien und städtischen Trägern überprüft werden, ob zum Beispiel Doppelstrukturen zwischen städtischen Angeboten und denen der freien Träger bestehen, um die vorhandenen Ressourcen effektiver einsetzen zu können.

Insbesondere das Thema Prävention muss weiter durch frühzeitige zielgerichtete Präventionsangebote gefördert werden. Diese Maßnahmen sind regelmäßig jeweils auf ihre Nachhaltigkeit hin zu überprüfen. Daher sollen alle Projekte (z.B. Projekt HOME) konstruktiv weiterverfolgt werden, die auf Vorsorge anstelle von Nachsorge setzen.

Hochwertige Spielplätze wollen wir dort erhalten, wo ein Bedarf ist. Nicht mehr gebrauchte Flächen wollen wir zugunsten anderer Spielplätze aufgeben. Im Rahmen von Neu- und Umgestaltungen von öffentlichen Plätzen ist darauf zu achten, Aufenthaltsmöglichkeiten zum Beispiel in Form von Spielplätzen zu schaffen.

Wir wollen geeignete Teilhabemöglichkeiten mit und für Kinder und Jugendliche entwickeln. Die Planung von Spielplätzen ist eine konkrete Möglichkeit.

Wir bekennen uns zur Förderung und zum Ausbau von Jugendwerkstätten in Zusammenarbeit mit Handwerk und Unternehmen, um den Einstieg der Schüler in ein geregeltes Berufsleben zu fördern.

Die Flexibilisierung der Jugendfreizeitstätten hinsichtlich der Öffnungszeiten ist aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen beispielsweise durch Ogata, Ganztagschule, G8, etc. notwendig. Hier ist eine stärkere Vernetzung von Jugendeinrichtungen, Schulen, Sportvereinen, Stadtssportbund und Jugendverbänden gewünscht. Angebote sind unter Beachtung inklusi-

ver Erfordernisse im Bereich der Zielgruppe der über Zwölfjährigen zu verstärken. Der in Arbeit befindliche Freizeitstättenbedarfsplan muss zeitnah vorgelegt werden.

Lokale Schulpolitik kann nur im Dialog zwischen Stadt, Schulen, Eltern und Bezirksregierung erfolgreich sein. Diesen Dialog wollen wir organisieren. Dabei sind Eltern und ihre Organisationen für uns wichtige Ansprechpartner. Wir wollen Elterninitiativen an Schulen weiter unterstützen.

Der Konsolidierungsprozess in der Grundschullandschaft ist weitestgehend abgeschlossen. Nun müssen die Grundschulstrukturen zukunftsfest gemacht werden. Dabei gilt der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“. Die Qualität der Ogata und der anderen Formen der Übermittagsbetreuung sind uns ein hohes Anliegen. Wir setzen uns weiterhin gemeinsam für eine auskömmliche Finanzierung und eine Sicherung der Qualitätsstandards ein. Wir beabsichtigen eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung zu ermöglichen und streben weitere Qualitätsverbesserungen an.

Die demografische Entwicklung stellt das System der weiterführenden Schulen vor Herausforderungen. Uns ist eine nachhaltige Entwicklung der Schullandschaft im Sekundarbereich wichtig und wir werden diesen Prozess einleiten. In diesem Prozess wollen wir mit allen Beteiligten in einen Dialog eintreten und auf Basis der Schulentwicklungsplanung und des Schulkompromisses eine zukunftsichere Schulstruktur mit Blick auf den Elternwillen in Mönchengladbach entwickeln. Wir wollen darauf achten, dass auch außerhalb der Zentren ein angemessenes Angebot an weiterführenden Schulen vorhanden ist.

Die beschlossenen Sanierungsprogramme, insbesondere im Bereich der Fachräume, wollen wir fortführen.

Die Entscheidung über die räumliche Unterbringung der Gesamtschule Stadtmitte soll, wie bereits beschlossen, im Herbst unter maßgeblicher Beachtung funktionaler und finanzieller Gesichtspunkte im Rahmen der Haushaltsberatungen getroffen werden.

Wir sehen die Notwendigkeit, die Schulentwicklungsplanung für die berufsbildenden Schulen zu überarbeiten. Dafür ist der Dialog mit der Wirtschaft wichtig. Wir halten eine interkommunale Abstimmung für dringend notwendig. Die Angebote der Berufskollegs müssen möglichst das Ausbildungsangebot der lokalen Wirtschaft spiegeln. Dort, wo Ausbildungsgänge zentralisiert werden, muss es zu einem fairen Ausgleich zwischen den verschiedenen Schulträgern kommen.

Zur Unterstützung der richtigen Berufswahl sind wir in der Pflicht, die schulischen Angebote und die weiteren Angebote von freien Trägern so zu koordinieren, dass sich für Jugendliche nicht Warteschleifen ergeben, sondern Schritt für Schritt Einstiegsperspektiven in den regionalen Arbeitsmarkt erarbeitet werden. Deshalb wird unser besonderes Augenmerk den Strukturen gelten, mit denen in Mönchengladbach der Übergang Schule zu Beruf/ Studium organisiert wird. Das bestehende Netzwerk zwischen Schulen, Stadt, Wirtschaft und den am Arbeitsmarkt beteiligten Akteuren muss stabilisiert und ausgebaut werden. Bewährte Projekte wie MGConnect muss es auch zukünftig geben.

Wir stehen der Inklusion positiv gegenüber, aber wir verkennen die Schwierigkeiten nicht. Das Wohl des einzelnen Kindes hat für uns absolute Priorität. Deshalb kann über Inklusion nicht theoretisch entschieden werden, sondern nur in der Praxis. Der Umbau des Schulsystems benötigt Zeit und Ressourcen. Hier sind alle politischen Ebenen in der Pflicht. Die Stadt soll sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiter engagieren, den Prozess der inklusive Beschulung in den allgemeinen Schulen zu unterstützen. Die Entscheidung über die benötigten Schwerpunktschulen wollen wir mit Bedacht treffen. Das Elternwahlrecht, sich für eine Förderschule zu entscheiden, ist uns sehr wichtig. Deshalb muss beim nötigen Umbau der Förderschullandschaft darauf geachtet werden, dass auch hier Strukturen entstehen, die den Kindern gerecht werden. Für eine gelingende Inklusion in den Allgemeinen Schulen muss es Unterstützungssysteme (Integrationshelfer, Schulsozialarbeiter) geben. Hier ist nicht nur die Stadt Mönchengladbach in der Pflicht.

HANDLUNGSSCHWERPUNKT VI

Kultur in Bewegung

Mönchengladbach kann ein breites kulturelles Angebot vorweisen. Das Gemeinschaftstheater, die Museen Abteiberg und Schloss Rheydt sind anerkannte Größen in der Region. Seit einigen Jahren entwickelt sich eine freie Kultur- und Kreativszene als wertvolle Ergänzung in der Stadt. Junge Menschen engagieren sich und stemmen Großevents wie das HORST-Festival.

Mönchengladbach muss erlebbar sein für die Menschen in der Stadt und von außen. Kultur macht es möglich, Stadt zu erleben. Das historische Erbe wollen wir stärker sichtbar machen. Mönchengladbach hat viele Schätze. Man muss diese aber auch finden können.

Als Stadt wollen wir unseren Beitrag zu einer verlässlichen Entwicklung leisten. Die Finanzierung des Theaters ist für die nächsten Jahre gesichert. Auch darüber hinaus setzen wir uns für den Bestand ein. Wir wollen die freie Kulturszene stärken und aktiv unterstützen. Die MGMG und das Kulturbüro müssen ihre Zusammenarbeit verstärken und diese Gruppe mit in den Fokus stellen. Außerdem streben wir die Gründung einer Bürgerstiftung an. Das bürgerschaftliche Engagement im Kulturbereich werden wir auch zukünftig wertschätzen und unterstützen.

Die Stadtbibliothek wird zeitnah bautechnisch saniert. Das Angebot der interkulturellen Familienbibliothek sowie die VHS und die Musikschule wollen wir in Rheydt erhalten. Wir wollen den Ausstellungsbetrieb des BIS-Zentrums zeitnah wieder ermöglichen.

Um den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu kulturellen Angeboten in der Region zu erleichtern und gleichzeitig unsere Kultureinrichtungen besser zu vernetzen, setzen wir uns für die Implementierung einer regionalen Art-Card ein.

HANDLUNGSSCHWERPUNKT VII

Moderne Sportstadt Mönchengladbach

Die Sportstadt Mönchengladbach ist gut aufgestellt, weil ihre Grundlagen in den letzten Jahren auf der Basis wissenschaftlicher Empfehlungen systematisch weiterentwickelt worden sind. Hierbei sind die Sportentwicklungsplanung, der Sportstättenentwicklungsplan, die Prioritätenliste für die Außensportanlagen und die systematische Neugestaltung der Bäderlandschaft zu nennen. Diesen Weg der Prioritätenfortschreibung wollen wir auch weiterhin beschreiten.

Wir wollen die Sportpauschale, die uns vom Land NRW zur Verfügung gestellt wird, in die zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Mönchengladbacher Sports investieren. Wir wollen hochwertige Sportanlagen erhalten und sehen in der Konzentration von Flächen eine Möglichkeit, dieses Ziel auch finanziell zu erreichen. Die Möglichkeit, durch Veräußerung generierte Mittel für Qualitätsverbesserungen im Sport zu investieren, werden wir im Rahmen der haushaltsrechtlichen Vorgaben weiterhin nutzen. Dort, wo Vereine durch bürgerschaftliches Engagement bereit sind in Sportanlagen zu investieren, wollen wir sie durch eine Beteiligung der Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten und unter Berücksichtigung der Prioritätenliste unterstützen. Die Übertragung von Sportanlagen an Vereine bleibt ein wichtiges Mittel.

Die Prioritätenliste für den Ausbau der Außensportanlagen soll möglichst zeitnah abgearbeitet werden. Ihre Fortschreibung wollen wir rechtzeitig auf den Weg bringen.

Die finanziellen Spielräume, die wir durch die Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel gewinnen können, wollen wir auch für die Sportstätten nutzen, die für den nicht-organisierten Sport interessant sind wie zum Beispiel Kleinspielfelder, Laufstrecken, Skaterstrecken oder Trendsportanlagen.

Die Sportstadt Mönchengladbach soll auch in Zukunft dadurch gekennzeichnet sein, dass es einen Schulterschluss aller Beteiligten gibt. Der Stadtsportbund ist für uns das wichtigste Bindeglied zu den Sportvereinen. Wir werden eng mit ihm zusammenarbeiten und sehen in ihm eine wichtige Beratungsinstitution für die Vereine. Den Sportvereinen werden wir auch weiterhin großes Vertrauen entgegenbringen.

Auch die Schnittstelle zwischen Schule und Vereinssport ist uns sehr wichtig. Wir freuen uns auf die NRW-Sportschule im Gymnasium Rheindahlen und den mit ihm kooperierenden Schulen. Gemeinsam mit dem Stadtsportbund wollen wir das Sportangebot im Bereich des Offenen Ganztags optimieren und im Bereich der Kindertagesstätten fördern.

HANDLUNGSSCHWERPUNKT VIII

Wirtschaft fördern – Mönchengladbach in der Region vernetzen

Mönchengladbach braucht eine stabile und dynamische Wirtschaft. Eine branchendifferenzierte Wirtschaft, die auf qualifizierte Fachkräfte und eine starke mittelständische Struktur setzt, ist notwendig.

Mönchengladbach braucht Innovation. Die Hochschule Niederrhein bietet hier große Potentiale. Als Stadt müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, die Menschen in der Stadt halten und neue anziehen. Dazu gehören vor allem Standortfaktoren wie Wohnumfeld, Einkaufsmöglichkeiten sowie Kultur- und Bildungsangebote. Wir wollen das Image der Stadt nachhaltig verbessern und besser vermarkten. Wir brauchen Träger dieser Botschaft, die Menschen in die Region bringen. Dazu gehören bekannte Marken genauso wie neue Großevents.

Hochschule und Wirtschaft in Mönchengladbach müssen Akzente setzen und Impulse für neue Entwicklungen geben, um Potentiale zu nutzen. Dabei wollen wir sie unterstützen. Strategische Partnerschaften, die ein neues Gründungsklima schaffen, sind anzustreben. Die Stadt und ihre Wirtschaftsförderungsgesellschaft müssen ihre Rolle in dem Prozess definieren. Die Realisierung eines hochschulnahen Gründungscampus ist erstrebenswert. Daneben gilt es, Projektfinanzierungen und Forschungsinstitute weiter anzuwerben. Gleichzeitig müssen wir die Menschen im Blick haben, die keine oder nur eine geringe Ausbildung besitzen. Hier unterstützen wir neue Ansätze, um Erwerbslose gezielt weiter zu qualifizieren.

Gute Infrastrukturbedingungen sind eine Grundvoraussetzung, um neue Unternehmen zu werben und bestehende Firmen zu halten. Daher sind auch die Themen Breitbandausbau in der Gesamtstadt und freies W-Lan in der Innenstadt anzupacken. Bei der Ausweisung von Gewerbe- und Industrieflächen müssen wir kritisch das Thema Versiegelung betrachten. Vorhandene Flächen müssen neuen Nutzungen zugeführt werden. Dabei ist die verkehrliche Anbindung besonders zu beachten. Der Wirtschaftsverkehr innerhalb der Stadt muss im Zuge des Mobilitätskonzeptes eine klare Wegeführung erhalten. Dabei sind die bisherigen Planungsansätze auf Machbarkeit und Notwendigkeit hin zu überprüfen.

Das Handwerk in Mönchengladbach ist gut aufgestellt. Qualität spielt hier eine große Rolle. Wir wollen gemeinsam mit dem Handwerk diese Qualität zu einem Markenzeichen entwickeln. Positive Ansätze besonders zur Gewinnung von Fachkräften sind das Programm Übergang Schule-Beruf und der geplante triale Studiengang.

Wir verstehen Wirtschaftsförderung als regionale Aufgabe. Interkommunale Zusammenarbeit bedeutet daher für uns mehr, als lediglich eine verwaltungsinterne Kooperation. Bei der Frage neuer Ansiedlungen müssen wir uns als notwendige und attraktive Alternative im Großraum Düsseldorf profilieren. Eine einheitliche Anlaufstelle für neue und bestehende Unternehmen muss die Koordination verbessern. Die Entwicklung des Flughafens Mönchengladbach als Geschäftsflieger- und Werftenstandort wird weiterverfolgt.

Mönchengladbach kann auf gute Erfahrungen mit dem Integrationskonzept zurückblicken. Die Kultur der Einladung aller Menschen in unserer Stadt setzen wir fort und entwickeln bestehende Strukturen weiter.

HANDLUNGSSCHWERPUNKT IX

Bürgernahe, flexible und moderne Verwaltung

Die Stadtverwaltung muss für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt einfach erreichbar sein. Wir wollen dabei moderne Mittel der Kommunikation stärker nutzen. Dienstleistungen der Verwaltung, die häufig nachgefragt werden, sollen auch weiterhin dezentral angeboten werden. Hierbei sind nicht notwendigerweise nur Verwaltungsgebäude zu nutzen.

Komplexe und weniger häufig nachgefragte Dienstleistungen sind sinnvollerweise zentral anzubieten, um kompetent, schnell und flexibel Antworten und Informationen zu geben. Die interkommunale Zusammenarbeit soll unter den Gesichtspunkten Effizienz, Kosten und Service weiterentwickelt werden.

Wir haben viele hochqualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung, deren Eigenverantwortung wir stärken wollen. So werden die Ziele einer modernen, transparenten und bürgernahen Verwaltung erreicht.

Die städtischen Töchter im Konzern Stadt sind den hier aufgeführten Zielen verpflichtet. Grundlagenentscheidungen trifft der Rat.

HANDLUNGSSCHWERPUNKT X

Effiziente Ratsarbeit

Folgende Ausschüsse des Rates werden gebildet:

- Hauptausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen
- Vergabeausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren
- Schul- und Bildungsausschuss
- Kulturausschuss
- Freizeit-, Sport- und Bäderausschuss
- Planungs- und Bauausschuss
- Umweltausschuss

Wir werden die Möglichkeiten der effizienten Gestaltung der Rats- und Ausschussarbeit im Rahmen des örtlichen Kommunalverfassungsrechts nutzen. Die Kooperation zwischen Verwaltung und Politik ist heutigen Anforderungen anzupassen.

Die Anzahl der Mitglieder der Ratsausschüsse beträgt 19. Persönliche Stellvertretungen finden nicht statt. Die Kooperationspartner stimmen ihre Zugriffe auf die Ausschussvorsitze untereinander ab.

Eine Erhöhung der Anzahl der vom Rat entsandten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses auf zehn streben wir an.

REGELN

Zusammenarbeit und Kommunikation in der Kooperation

Die Kooperationspartner vereinbaren folgende Regeln der gemeinsamen Zusammenarbeit:

1. Die Mitglieder der beiden Fraktionen arbeiten auf allen Ebenen gleichberechtigt zusammen.
2. Die Kooperationspartner stimmen in allen Fragen einheitlich ab.
3. Abweichendes Stimmverhalten ist nur im Ausnahmefall und nur nach vorheriger Vereinbarung zulässig.
4. CDU und SPD sichern sich zu, eigene Anträge und Initiativen im Rat und allen Gremien im Einvernehmen einbringen zu können.
5. Die inhaltliche Abstimmung findet jeweils auf der zuständigen Fachebene statt. Die Fraktionen in den Fachausschüssen und den Bezirksvertretungen legen gemeinsam ihre Haltung fest.
6. Die Organisation der Zusammenarbeit auf Fach- und Bezirksebene erfolgt durch die Fraktion, der der Ausschussvorsitzende bzw. der Bezirksvorsteher angehört.
7. Die Ergebnisse der internen Abstimmung auf Fachebene werden in den beiden Fraktionen koordiniert und abgestimmt.
8. Sollte auf Fachebene kein Konsens erreicht werden, erfolgt eine Abstimmung zwischen den Vorsitzenden der Ratsfraktionen, die abschließend in den Fraktionen beschlossen wird.
9. Die Kooperationspartner verpflichten sich, sich gegenseitig und frühzeitig über Entwicklungen und Positionen zu informieren.
10. In wesentlichen Fragen der Zusammenarbeit stimmen sich die beiden Kooperationspartner in einem Kooperationsausschuss ab. Dem Ausschuss gehören je zwei Vertreter der Fraktionen und je zwei Vertreter der Parteien sowie die Fraktionsgeschäftsführer an.
11. Die Fraktionsgeschäftsführer der Kooperationspartner stimmen ihre Arbeit und die organisatorische Planung regelmäßig untereinander ab.

Die Kooperationspartner CDU und SPD beschließen, für die IX. Wahlperiode 2014 bis 2020 gemeinsam im Rat, den Bezirksvertretungen und den weiteren kommunalen Gremien vertrauensvoll und gleichberechtigt zusammenzuarbeiten.

Diese Vereinbarung wird vierfach ausgefertigt. Je ein Exemplar verbleibt bei den Parteien und Fraktionen. Die Vereinbarung wird durch die Kooperationspartner veröffentlicht.

Mönchengladbach, 30. Juni 2014

Für die CDU Mönchengladbach

Für die SPD Mönchengladbach

Dr. Günter Krings
CDU-Kreisvorsitzender

Angela Tillmann
SPD-Unterbezirksvorsitzende

Dr. Hans Peter Schlegelmilch
CDU-Fraktionsvorsitzender

Felix Heinrichs
SPD-Fraktionsvorsitzender

ANLAGE 1

Personalentscheidungen

Die Kooperationspartner verpflichten sich für die Dauer der Wahlperiode, Personalentscheidungen gemeinsam zu treffen.

Es wird die Wahl von drei ehrenamtlichen Bürgermeistern vorgeschlagen.

In den Bezirken wird die Wahl von je zwei stellvertretenden Bezirksvorstehern vorgeschlagen. Die Partei, die nicht den Bezirksvorsteher stellt, hat das Vorschlagsrecht für den ersten Stellvertreter.

In den Ausschüssen des Rates wird die Anzahl der stellvertretenden Vorsitzenden auf zwei festgelegt, wobei jeder Kooperationspartner eine Position besetzt. Den ersten Stellvertreter stellt die Partei, die nicht den Vorsitzenden stellt.

Unter Berücksichtigung der inhaltlichen Zielsetzung dieser Vereinbarung werden wir zeitnah gemeinsam mit dem Oberbürgermeister die Dezernatsverteilung und die Zuordnung der Funktion des Stadtdirektors entscheiden. Die Zuordnung des Stadtdirektors wird im Zusammenhang mit der nächsten Besetzung des Dezernats II entschieden.

Folgende Vorschlagsrechte werden vereinbart:

Position/ Vorsitz Gremium	CDU	SPD
Erster Bürgermeister/in	X	
Zweiter Bürgermeister/in		X
Dritter Bürgermeister/in	X	
Bezirksvorsteher/in Nord	X	
Bezirksvorsteher/in Ost		X
Bezirksvorsteher/in Süd		X
Bezirksvorsteher/in West	X	
Dezernat II	X	
Dezernat IV	X	
Dezernat V		X
Dezernat VI	X	